



**STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG**

von Bund, Ländern und
Gemeinden

Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Dokumentation der Transferwerkstatt

Klimaschutz und Anpassung an die Klimafolgen in Stadt- und Ortsteilzentren

4. und 5. Dezember 2018, Nürnberg
Katharinensaal



Die 18. Transferwerkstatt befasste sich mit den Folgen des globalen Klimawandels, die sich auf lokaler Ebene auch in den Stadt- und Ortsteilzentren in Form von Stürmen, Starkregen oder sommerlichen Hitzeperioden bemerkbar machen. Kommunen sind daher zunehmend gefragt, ihre Stadtentwicklung auf den Klimaschutz zur Reduktion klimarelevanter Treibhausgase (Mitigation) sowie die Klimafolgenanpassung auszurichten, um die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels zu mindern (Adaption).

In den Fördergebieten des Zentrenprogramms werden diverse Projekte verfolgt, die diesen Querschnittsaufgaben dienen. Die Verbesserung des Stadtklimas sowie die Realisierung von Maßnahmen, die auf Klimaänderungen reagieren, sind häufig nicht explizit als Ziele formuliert, sondern sind oftmals positive (Neben-)Effekte von Erneuerungsmaßnahmen, die auf die Attraktivitätssteigerung der Stadt- und Ortsteilzentren abzielen. Die Gestaltung von Frei- und Grünflächen oder die Öffnung von Wasserläufen und Uferbereichen dienen dazu, die Aufenthalts- und Gestaltqualität in den Zentren zu verbessern, aber auch, die Folgen des Klimawandels, wie Überflutungen durch Starkregen bzw. Hochwasser oder die Hitzebelastung, zu reduzieren. Dort, wo Maßnahmen der energetischen

Gebäudesanierung umgesetzt werden, wird nicht nur der bauliche Bestand ertüchtigt und an die Nutzungsanforderungen angepasst, sondern es wird auch ein Beitrag zum Schutz des Klimas geleistet, indem Energie eingespart wird.

Rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Programmkommunen sowie von Bundes- und Landesinstitutionen diskutierten anhand von Beispielen aus der Praxis über Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung, wie die Gestaltung von Grün- und Freiflächen, die Begrünung von Gebäuden oder der Schutz vor den Gefahren von Flusshochwasser. Im Bereich des Klimaschutzes wurden die energetische Sanierung von Quartieren und Gebäuden, die Nutzung von alternativen Energieträgern und der Ausbau kommunaler Nahwärmenetze sowie Maßnahmen zur stadtverträglichen Mobilität thematisiert.

Eine Plakatausstellung mit bundesweiten Beispielen laufender Fördermaßnahmen aus dem Zentrenprogramm bot einen Einblick in die vielschichtigen Handlungsansätze und realisierten Vorhaben vor Ort. Die Gesamtmoderation und die Moderation der Arbeitsgruppen übernahmen Holger Pietschmann und Beate Glöckner von der Bundestransferstelle Aktive Stadt- und Ortsteilzentren.

Erster Veranstaltungstag

Daniel F. Ulrich, Planungs- und Baureferent der Stadt Nürnberg, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Transferwerkstatt. Die Stadt Nürnberg setzt sich seit einigen Jahren in der Stadtentwicklung verstärkt mit den Folgen des Klimawandels auseinander. Der kommunale Austausch sowohl zum Klimaschutz als auch zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist von hoher Bedeutung und die Stadt Nürnberg freut sich, hier als Gastgeber aufzutreten.

Anschließend begrüßte **Armin Keller** vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr die Teilnehmerinnen und

Teilnehmer der Transferwerkstatt. Er hob die Bedeutung des Umgangs mit dem Klimawandel für die Stadtentwicklung und als bedeutende Querschnittsaufgabe in der Städtebauförderung hervor. In Bayern werden diese Aufgaben in allen Städtebauförderprogrammen immer stärker verfolgt. Unter anderem sind innovative Handlungsansätze bei der Schaffung und Gestaltung innerstädtischer Grün- und Freiflächen oder der energetischen Sanierung innerstädtischer Quartiere und Gebäude gefragt. Vor diesem Hintergrund sei, so Herr Keller, die Stadt Nürnberg als Austragungsort der Transferwerkstatt gut gewählt. Der Umgang mit dem Klimawandel wird hier in der Stadtentwicklung



Posterausstellung während der Transferwerkstatt
Foto: Plan und Praxis



Der Veranstaltungsort Katharinensaal
Foto: Plan und Praxis

allgemein sowie speziell in den Gebieten der Städtebauförderung wie der nördlichen Altstadt in zahlreichen Projekten praktiziert.

Mechthild Renner vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) gab eine kurze thematische Einführung zur Zentrenentwicklung im Klimawandel.

Zuvor stellte sie anlässlich des zehnjährigen Jubiläums resümierend Eckdaten und Ergebnisse zum Zentrenprogramm voran: Von 2008 bis einschließlich 2017 wurden mit über 880 Mio. € Bundesfinanzhilfen 756 Maßnahmen in 659 Kommunen gefördert. Dies sei eine beachtliche Leistung, zumal in den ersten beiden Jahren lediglich rund 40 Mio. € Bundesfinanzhilfen pro Jahr zur Verfügung standen. Mittlerweile sind die Bundesfinanzhilfen auf jährlich 110 Mio. € angewachsen. Pro Jahr werden ca. 60 bis 80 neue Gesamtmaßnahmen in die Förderung aufgenommen. Stellt man allerdings die Zahl der Programmkommunen im Zentrenprogramm der Zahl der 4.534 Gemeindeverbände bundesweit (Daten der laufenden Raumbewertung des BBSR 2016) gegenüber, dann werden lediglich ca. 15 Prozent durch das Zentrenprogramm gefördert. Selbstverständlich gibt es nicht in allen Gemeinden den Bedarf zur Förderung durch das Zentrenprogramm. Aber: Die Zahlen sprechen für sich, es wurde schon viel getan, gleichwohl gibt es in den Innenstädten und Stadtteilzentren noch viel zu tun – so Frau Renner. Die äußeren Rahmenbedingungen, die auf die Zentren einwirken

und zu Funktionsverlusten in zentralen Versorgungsbereichen beitragen, bestehen weiterhin, neue Herausforderungen kommen hinzu. Dies ist auch das Ergebnis der 2015 abgeschlossenen Zwischenevaluierung. Diese stellt fest, dass das Zentrenprogramm passgenau ist und sich die in der zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden vereinbarten Programmstrategie dargelegte ganzheitliche Herangehensweise an die Zentrenentwicklung mit den sechs Zielbereichen bewährt hat. Dies wurde ebenfalls auf dem Fachkongress am 20. November 2018 in Berlin von Seiten der Wissenschaft, der Programmakteure vor Ort, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände bestätigt. Darüber hinaus belegen der dritte und der vierte Statusbericht der Bundestransferstelle zum Zentrenprogramm, dass auch bei den noch in der Zwischenevaluierung benannten Herausforderungen wie Digitalisierung, stadtverträgliche Mobilitätsformen sowie Klimaschutz und Anpassung an Klimafolgen bei der Umsetzung des Zentrenprogramms mittlerweile positive Resultate in den Fördergebieten vorliegen.

Anschließend ging Frau Renner auf das Thema Zentrenentwicklung im Klimawandel ein. Der Klimawandel äußert sich in extremen Wetterlagen je nach lokalen Gegebenheiten mit unterschiedlichen Folgen. Die thermische Belastung nimmt durch Temperaturanstieg und -spitzen zu. Ebenso nehmen Extremniederschläge zu, die zu Überschwemmungen führen können. Beide Wirkungen sind besonders in

Gebieten mit einer hohen Siedlungsdichte und einem hohen Versiegelungsgrad spürbar und damit in Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren. Frau Renner nahm Bezug auf den rechtlichen Rahmen: Mit der BauGB-Novelle 2011 wurde die Bedeutung des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel im Allgemeinen und Besonderen Städtebaurecht gestärkt. Mit der BauGB-Novelle 2013 erfolgte die Stärkung der Innenentwicklung. In der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung (VV Städtebauförderung) wurde der Klimaschutz erstmals 2007 berücksichtigt. 2012 wurde in der VV Städtebauförderung ergänzt, dass die Stadtquartiere unter Berücksichtigung des Klimaschutzes und der Klimaänderung an die Bedürfnisse der Bürger angepasst werden sollen. Es handelt sich um Querschnittsthemen der Städtebauförderung, die in die Programmstrategie des Zentrenprogramms aufgenommen wurden.

Beim Klimaschutz (Mitigation) geht es um Strategien und Handlungen, die den Ausstoß klimarelevanter Treibhausgase beschränken, indem der Energieverbrauch reduziert und zu regenerativen Energieträgern gewechselt wird. Maßnahmen für den Klimaschutz können zum Beispiel darin liegen, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auszubauen, alternative Mobilitätsangebote zu schaffen, die Funktionsvielfalt auszubauen, auf der Gebäudeebene und bei der Infrastruktur Energieeffizienzstrategien umzusetzen, regenerative Energien einzusetzen, bei Neubau- und Umbaumaßnahmen ein günstiges Verhältnis von Oberfläche und Volumen (A/V-Verhältnis) anzustreben und insgesamt nach den Prinzipien des Ressourcenschutzes und der -effizienz zu verfahren.

Bei der Anpassung an Klimafolgen (Adaption) geht es darum, mögliche Schäden zu vermeiden oder zu minimieren sowie darum, mögliche Vorteile zu nutzen, die durch den Klimawandel und dessen Folgen auftreten können. Maßnahmen zur Anpassung an Klimafolgen und Klimakomfort liegen zum Beispiel darin, zunächst ein Klimakonzept für das Gebiet bzw. das jeweilige Projekt zu erstellen, Dach- und

Fassadenbegrünungen durchzuführen oder neue Vegetationsflächen anzulegen. Weitere Maßnahmen können auch darin bestehen, Wasserflächen neu anzulegen bzw. zu renaturieren, Versickerungsmöglichkeiten zu schaffen, Versiegelungsgrad und bebaute Fläche zu reduzieren und kompensierende Maßnahmen zielgerichtet einzusetzen.

Des Weiteren ging Frau Renner auf das Thema der städtebaulichen Nachverdichtung in Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren unter Berücksichtigung von Klimabelangen ein. Sie erläuterte, dass Nachverdichtung zum Klimaschutz beiträgt, indem eine effiziente Ressourcennutzung durch kompakte Siedlungsstrukturen gesichert wird (kürzere Wege, effiziente Nutzung von Infrastruktur). Wesentlich ist dabei, die städtebauliche Nachverdichtung klimaverträglich zu gestalten. Die Situation im Bestand ist ausschlaggebend, ob und welche Nachverdichtungsansätze geeignet sind. In Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren sind schwerpunktmäßig dichte städtebauliche Strukturen (fast vollständig versiegelt) bzw. kompakte städtebauliche Strukturen (Blockrandbebauung mit einzelnen Grünflächen) vorhanden. In diesen städtebaulichen Strukturtypen muss eine Nachverdichtung sehr behutsam erfolgen, indem kleinteilig vorgegangen wird. In Frage kommen hier insbesondere die Aufstockung, ggf. die Umstrukturierung/ Neuordnung baulicher Strukturen, ggf. Anbauten oder auch eine Blockrandschließung (alles im Einklang mit eventuellen Denkmalschutzbelangen). Nachverdichtungsansätze sollten zu erhöhter Raum- und Flächenausnutzung führen. Mögliche negative klimatische Effekte der Nachverdichtung können kompensiert werden, wenn im Zuge der Nachverdichtung Maßnahmen zur Verbesserung des Mikroklimas ergriffen werden (z. B. Entsiegelung, Anlage qualitativvoller Grünflächen, Fassaden- und Dachbegrünung, Versickerungsmaßnahmen). Positive Klimaeffekte städtebaulicher Nachverdichtung können entstehen, wenn die Vegetationsflächenzuwächse (horizontal und vertikal) die mit der Verdichtung verbundene Versiegelungszunahme überschreiten. Vor allem bei klimatisch

sensiblen Situationen sind Kompensationsmaßnahmen zu empfehlen.

In der Praxis sind somit auch Analyseinstrumente gefragt:

- Stadtklimadatenbank (Daten zu Temperatur, Windgeschwindigkeit und -richtung mit Blick auf die Frischluftversorgung, Niederschlagsmenge, Strahlungsangebot)
- Stadtklimaaoptimiertes Entwicklungsflächenkataster (mehr als Baulückenkataster mit Angaben zur städtebaulichen Dichte, zu Versiegelungsgrad, Stadtklimadaten und Nutzungsstrukturen)

Essentiell ist ein aktiver Umgang mit dem Klimawandel (nicht nur) bei der Zentrenentwicklung. Das Themenfeld Klima und die Themenfelder Beteiligen, Planen, Bauen und Leben sind miteinander zu verknüpfen. Frau Renner verwies auf weitere umfangreiche Informationen zum Thema auf der Webseite www.bbsr.bund.de und benennt die ExWoSt-Studie „Städtebauliche Nachverdichtung im Klimawandel“ bearbeitet von Post, Welters und Ecofys, auf die sie sich in ihren Ausführungen auch bezogen hat (siehe unter: www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ExWoSt/46/exwost46_1.pdf?__blob=publicationFile&v=3).

In dem Einführungsvortrag der Bundestransferstelle gingen **Beate Glöckner** und **Sebastian Däßler** auf die Bedeutung des Klimaschutzes und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Stadt- und Ortsteilzentren ein. Dabei beleuchteten sie die Rolle, die das Thema bisher in der Städtebauförderung spielt. Anhand mehrerer Beispiele aus verschiedenen Programmkommunen stellten sie Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Klimafolgen vor.

Frau Glöckner stellte zunächst dar, wie der steigende Anstieg des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre zum Temperaturanstieg führt. Die Folgen dieses Temperaturanstiegs können Extremwetterereignisse wie Starkregen, Überflutungen oder Hitzebelastung sein. Davon sind die Innenstädte, Stadt- und Ortsteilzentren aufgrund der hohen baulichen Dichte, häufig

unsanierten baulichen Beständen, der starken Versiegelung im öffentlichen Raum bei einem gleichzeitig geringen Anteil von Grünflächen und der Lage an Flussläufen in besonderer Weise betroffen. Die Herausforderungen der Stadtentwicklung bestehen, so Frau Glöckner, vor allem darin, den CO₂-Ausstoß in die Atmosphäre durch Maßnahmen zum Klimaschutz (z.B. die energetische Sanierung von Gebäuden, Mobilitätskonzepte um Verkehrsemissionen zu senken, Einsatz erneuerbarer Energien) zu reduzieren und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Schutz vor Überflutungen bei Starkregen, Hochwasserschutz, Maßnahmen vor Überhitzung in den Städten) in den Städten zu mindern. Vor diesem Hintergrund werden die Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung sowohl in der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung, in einigen Förderrichtlinien der Länder sowie in der Programmstrategie zum Zentrenprogramm berücksichtigt.

Im Anschluss ging Herr Däßler beispielhaft auf einige Maßnahmen im Umgang mit dem Klimawandel ein, die unter anderem aus dem Zentrenprogramm gefördert wurden. Bereits jetzt werden zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, die dem Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung dienen. Dies geschehe jedoch eher implizit, gewissermaßen als positive (Neben-) Effekte von Erneuerungsmaßnahmen, die auf die Attraktivitätssteigerung der Innenstädte zielen. Dies zeigen mehrere Beispiele aus verschiedenen Programmkommunen, wie Kirchheim unter Teck (Baden-Württemberg), Mayen (Rheinland-Pfalz), Siegen (Nordrhein-Westfalen) oder in Berlin. Hier wurden Begrünungsmaßnahmen in öffentlichen Freiräumen, die Begrünung von Fassaden und Innenhöfen oder die Öffnung von Wasserläufen und Uferbereichen durchgeführt. So konnten die Aufenthalts- und Gestaltqualität in den Zentren verbessert und die Folgen des Klimawandels, wie Überflutungen durch Starkregen bzw. Hochwasser oder die Hitzebelastung reduziert werden. Zudem werden bei der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand häufig nicht nur Maßnahmen zur Anpassung an neue

Nutzungsanforderungen umgesetzt, sondern zugleich auch energetische Sanierungen durchgeführt. Diese Maßnahmen stellen einen wichtigen Beitrag zum Schutz des Klimas dar. Ein Beispiel hierfür findet sich im Programmgebiet Schmiden in der Programmkommune Fellbach (Baden-Württemberg). Auch Maßnahmen im Bereich der stadtverträglichen Mobilität zur Stärkung des ÖPNV [z.B. in Bad Neustadt an der Saale (Bayern)] oder des Fuß- und Radwegeverkehrs [z.B. in Siegen (Nordrhein-Westfalen), Kassel (Hessen)] dienen dazu, den Verbrauch von Energie zu senken und so den CO₂-Ausstoß zu mindern. Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen spielen, so Herr Däßler, die akteursübergreifende Zusammenarbeit sowie die Bündelung der Städtebauförderung mit weiteren Finanzierungs- und Förderquellen von EU, Bund und Ländern eine große Rolle.

Im ersten Vortrag zu den Praxisbeispielen aus den Programmkommunen berichtete **Sonnhild Noack**, Burg (Sachsen-Anhalt), über die Erfahrungen, die während der Planung und Durchführung der 2018 durchgeführten Landesgartenschau gemacht wurden. Burg ist eine Kleinstadt nordöstlich von Magdeburg. Die Flächen der Landesgartenschau befinden sich in der historischen Altstadt von Burg und wurden als historische Parklandschaft und Sehenswürdigkeit profiliert. Hierfür wurden vorhandene Grünstrukturen verknüpft, brachliegende Flächen entwickelt und so die Gartenkultur und der Tourismus insgesamt gefördert.

Die räumlichen Schwerpunkte lagen insbesondere im Bereich des Goetheparks, des Weinbergs, der Ihlegärten sowie des Flickschuparks. Der Weinberg und die Ihlegärten stellten in der Ausgangssituation nicht mehr genutzte, stark versiegelte und teils mit Altlasten belastete Flächen mit einer maroden Bausubstanz dar. Der Flusslauf der Ihle war teilweise verrohrt. Diese Bereiche wurden großflächig entsiegelt und als öffentlich begehbbare Grünflächen neu angelegt. Der insgesamt 1,7 Hektar große Weinberg wurde mit Weinreben sowie Obstbäumen und weiteren fruchttragenden Gehölzen bepflanzt. Es wurden Beete angelegt und Spielplätze errichtet, die an die Industriegeschichte der



Weinberg in Burg, Foto: Plan und Praxis

Stadt Burg angelehnt sind. Entlang der neu geschaffenen Ihlegärten wurde der Flusslauf der Ihle freigelegt, eine Uferpromenade angelegt und der gesamte Raum als verbindendes Band zwischen Weinberg und Flickschupark neugestaltet. Entlang dieser neuen Wegeverbindung wurden Terrassengärten und Sitzstufen angelegt, die sich zur Ihle öffnen und zum Verweilen einladen. Die Grün- und Freiflächen wurden dabei so gestaltet, dass sie möglichst pflegeextensiv sind.

Resümierend ging Frau Noack darauf ein, dass durch die Landesgartenschau die Entwicklung der Innenstadt beschleunigt wurde. Insgesamt wurde die Vernetzung mit den weiteren Bereichen der Altstadt, aber auch mit den Landschaftsräumen in der Umgebung von Burg verbessert, wodurch eine attraktive Wegeverbindung für Fußgänger und Radfahrer geschaffen wurde. Es gelang, die Stadt Burg überregional zu vermarkten und denkmalgeschützte bauliche Anlagen aufzuwerten. Die Wohn-, Lebens- und Aufenthaltsqualität wurde gesteigert, indem stadtnahe Erholungsflächen für die Bevölkerung geschaffen wurden. Zudem führte die Landesgartenschau zu einem Imagegewinn der Stadt und Region und beförderte als ein regionaler Wirtschaftsfaktor zahlreiche Synergieeffekte. Darüber hinaus konnte durch die Entsiegelung des baulichen Bestandes und die Begrünung der Flächen das Stadtklima verbessert werden. Ebenfalls wurde ein Beitrag zum Bodenschutz geleistet und die Versickerung von Niederschlagswasser ermöglicht.

Liesa Schroeder, Stadt Dinslaken (Nordrhein-Westfalen), berichtete, welche Maßnahmen in der Stadt zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung umgesetzt werden. Dinslaken (70.000 Einwohner) befindet sich zwischen dem stark verdichteten Ruhrgebiet und dem eher ländlich geprägten Niederrhein.

Die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sind im integrierten Entwicklungskonzept für die Innenstadt verankert. Im Entwicklungsziel „Förderung ökologischer Belange“ sind Handlungsfelder in den Bereichen der Entwicklung von Grün- und Freiflächen, der energetischen Sanierung oder der Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung der Bürgerschaft verankert. Die weiteren fünf Entwicklungsziele weisen ebenfalls starke Bezüge zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung auf. Sie enthalten unter anderem die Handlungsfelder „Qualifizierung und Vernetzung von Grünflächen“, „Aufwertung des Gebäudebestandes (energetisch, Gestaltung, Barrierearmut)“ oder „Weitere Verbesserung der Infrastruktur für den Fuß- und Radverkehr“.

Der Rutenwall ist ein Beispiel zur Gestaltung des öffentlichen Raums. Er stellt eine wichtige Verbindungsachse zur Dinslakener Innenstadt dar, die funktionale und gestalterische Mängel aufwies. Hier wurde eine ehemalige Garagenanlage zurückgebaut sowie eine Stellplatzfläche entsiegelt und begrünt. Die Verbindung für Fußgänger und Fahrradfahrer wurde attraktiv gestaltet und Spielangebote für Kinder geschaffen. Die zuvor vorhandenen PKW-Stellplätze wurden an anderer Stelle konzentriert. Inse-



Fahrradwasche in Dinslaken, Foto: Stadt Dinslaken

samt konnten so weitläufige Flächen entsiegelt und zu Grünflächen umgestaltet werden. Im Rahmen des sogenannten "Rotbach-Projektes" ist vorgesehen, die Flächen entlang des Rotbachs neu zu gestalten und für die Bevölkerung von Dinslaken erlebbar zu gestalten. Durch die kulturelle Bespielung des Flussufers konnte das Bewusstsein für ökologische Belange bei der Bevölkerung gestärkt werden.

Da Dinslaken eine sehr kompakte Stadtstruktur aufweist, können 90 Prozent der Bevölkerung die Innenstadt in einem Radius von maximal drei Kilometern erreichen. Vor diesem Hintergrund versucht die Stadtverwaltung, das Angebot für die stadtverträgliche Mobilität zu erhöhen und den Fuß- und Fahrradverkehr zu stärken. Beispielsweise wurden Fahrradstraßen angelegt und Straßen und Plätze wie der Neutorplatz für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt und für Fahrradfahrer geöffnet. Es wurden Fahrradabstellanlagen (davon eine bewachte) errichtet und der Anschluss an das Radwegenetz der Metropole Ruhr ist geplant. Im Bereich der stadtverträglichen Mobilität ist zudem vorgesehen, den Bahnhofsplatz neu zu gestalten.

Um Energie zu sparen sind energetische Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand, der hauptsächlich nach 1945 errichtet wurde, vorgesehen. So wurde die Gartenschule umgebaut und energetisch saniert. Die Kathrin-Türks-Halle, ein wichtiger kultureller Veranstaltungsort, soll künftig erweitert und ebenfalls energetisch saniert werden. Ausgehend von diesen Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden, werden auch Anstoßwirkungen für den privaten Gebäudebestand erwartet. Dazu soll auch die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung beitragen, was durch Aktionen, wie das Stadtradeln, oder durch die Aktivitäten des Klimaschutzmanagements gelingen soll.

Abschließend hob Frau Schroeder nochmals hervor, dass es insbesondere aufgrund der integrierten Sichtweise und der intensiven fachübergreifenden Zusammenarbeit gelang, die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung in Dinslaken auch bei der Entwicklung der Innenstadt zu berücksichtigen.

Nathalie Weber, Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft, stellte in ihrem Vortrag das Projekt „Stadt (er)leben am Fluss“ in Roding (Bayern) vor. Hier wurden Maßnahmen zum Schutz vor Flusshochwasser mit einer gelungenen Stadtgestaltung verknüpft. Roding befindet sich in der Oberpfalz im Landkreis Cham und hat 12.500 Einwohner. Am Rande des Rodinger Zentrums fließt der Fluss Regen, der bereits 2002 von Hochwasser betroffen war.

Ausgangspunkt war ein Planungskonzept für die Neugestaltung der Regenuferpromenade im Zuge der Stadtsanierung, um die Stadt zum Fluss zu öffnen und das Flussufer als städtischen Erlebnisraum zu gewinnen. Infolge des Jahrhunderthochwassers 2002 wurden die Planungen zur Neugestaltung geändert und zunächst die Hochwasserschutzplanung forciert. Das Konzept „Stadt (er)leben am Fluss“ zielte darauf ab, Hochwasserschutz und Stadtgestaltung in Einklang zu bringen.

Um dieses Ziel zu erreichen, mussten jedoch eine Reihe von Herausforderungen bewältigt werden. Beispielsweise mussten die technischen Anforderungen des Hochwasserschutzes mit gestalterischen Ansprüchen (etwa bei Bohrungen, um die Hochwasserschutzmauer zu begrünen) in Einklang gebracht werden. Auch mussten die Tätigkeiten zeitlich und baulich koordiniert werden. Zudem war es notwendig, die entstandenen Kosten für die einzelnen Maßnahmen klar zuzuordnen. Nach Aussage von Frau Weber gelang dies insbesondere aufgrund einer ganzheitlichen Herangehensweise und einer intensiven Zusammenarbeit aller an Planung und am Bau beteiligten Akteure. Dies erforderte eine hohe Kompromissfähigkeit.

Die baulichen Maßnahmen setzten sich aus verschiedenen Einzelabschnitten zusammen. Der Uferbereich, der durch eine steile Böschung nur schwer begehbar war, sowie eine ungestaltete Wiesenfläche mit einem Schotterbereich und einem Parkplatz wurden terrassenartig angelegt und begrünt. So konnte der Höhenunterschied zwischen der Altstadt und dem Regenufer überwunden und



Begrünte Terrassen am Regenufer, Foto: Stadt Roding

der Zugang zum Wasser erleichtert werden. Am Rande der Altstadt wurde eine Hochwasserschutzmauer errichtet, die begrünt wurde. Entlang der Mauer wurde ein Aktions- und Spielband angelegt. Zugleich wurde der Verlauf der angrenzenden Straße zur Altstadt neugestaltet. Auf einem Regenrückhaltebecken wird künftig noch ein Parkplatz angelegt, um die Parkplätze, die im Zuge der Anlegung der Terrassen entfallen sind, zu ersetzen. Zur Umsetzung dieser verschiedenen Einzelmaßnahmen kamen Fördermittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie der Städtebauförderung, darunter auch des Zentrenprogramms, zum Einsatz.

In Ihrem Fazit hob Frau Weber hervor, dass mit dem Projekt „Stadt (er)leben am Fluss“ ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des Stadtkerns von Roding geleistet werden konnte und Impulse für Investitionstätigkeiten von weiteren privaten Akteuren gesetzt wurden. Künftig ist geplant, das Regenufer auch im Rodinger Ortsteil Mitterdorf so zu gestalten, dass hier ein effektiver Hochwasserschutz mit einer ansprechenden Stadtgestaltung kombiniert wird.

Claudia Messner vom Bezirksamt Hamburg-Bergedorf berichtete in ihrem Vortrag über die Verknüpfung der Zentrenentwicklung mit der energetischen Quartierssanierung im Fördergebiet Bergedorf-Süd. Das Fördergebiet hat 4.500 Einwohner und befindet sich am östlichen Rand von Hamburg im Bezirk Bergedorf. 60 Prozent des Gebäudebestandes sind



Vorderhaus der Rudolf-Steiner-Schule
Foto: Plan und Praxis

Wohn- und 13 Prozent Gewerbe- oder Sondergebäude. 12 Prozent der Gebäude stehen unter Denkmalschutz. Der weit überwiegende Teil des Gebäudebestandes wurde nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet und weist einen geringen energetischen Standard auf. So verfügt lediglich ein Viertel der Gebäude über eine Außendämmung.

Vor diesem Hintergrund und aufgrund von weiteren baulich-funktionalen Mängeln erfolgte zum einen 2011 die Aufnahme in das Zentrenprogramm und 2012 die Beauftragung eines Gebietsentwicklers, der die Umsetzung der Erneuerungsmaßnahmen im Fördergebiet koordiniert. Zum anderen wurde zwischen 2012 und 2014 ein energetisches Quartierskonzept erarbeitet, in dem der energetische Sanierungszustand der Gebäude erfasst und Sanierungsmaßnahmen vorgeschlagen wurden. Die anschließende Umsetzung des Konzeptes wurde durch ein beauftragtes Energetisches Sanierungsmanagement begleitet. Beides wurde im Rahmen des Programms 432 „Energetische Stadtsanierung“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gefördert.

Eines der im energetischen Quartierskonzept vorgeschlagenen Projekte war die Sanierung des Vorderhauses der Rudolf-Steiner-Schule. Das stadtbildprägende Schulgebäude ist eines der ältesten Gebäude Bergedorfs und steht unter Denkmalschutz. Das Ziel der Sanierung war es zum einen, das Gebäude entsprechend der Maßnahmenbeschreibung im Integrierten

Entwicklungskonzept für das Aktive-Zentren-Fördergebiet zu sanieren und es an die Anforderungen eines modernen Schulbetriebs anzupassen. Zum anderen sollte der energetische Sanierungszustand verbessert werden. Erste Beratungen für die Durchführung der Sanierung des Schulgebäudes begannen 2014. Die Baumaßnahmen wurden 2017 abgeschlossen und das sanierte Gebäude in Betrieb genommen. Die Planungs- und Bauarbeiten wurden eng durch das Energetische Sanierungsmanagement begleitet und es wurden zahlreiche Abstimmungen geführt, um die Belange des Denkmalschutzes mit den Anforderungen der energetischen Sanierung und förderrechtlichen Fragen aufeinander abzustimmen. In der Bauphase wurden unter anderem Maßnahmen zur Erneuerung und Dämmung des Dachs und der Außenwände sowie zur Erneuerung der Heizungsanlage umgesetzt.

Abschließend wies Frau Messner darauf hin, dass aus ihrer Sicht die fachlichen und spezifischen räumlichen Kenntnisse der Akteure vor Ort, die Erarbeitung eines überzeugenden und innovativen Konzepts ebenso wie die aktive Unterstützung aus der Verwaltung dazu beigetragen haben, die Sanierung des Vorderhauses der Rudolf-Steiner-Schule erfolgreich umzusetzen.

Dr. Christiane Meißner, Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft legte in ihrem Vortrag den Schwerpunkt darauf, wie mit den Themen Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Geisa (Thüringen) bei der Sanierung der historischen Altstadt umgegangen wurde. Geisa ist mit 4.700 Einwohnern ein Grundzentrum im südwestlichen Teil Thüringens. Die Stadt ist durch eine noch erhaltene Stadtmauer sowie eine kleinteilige Stadtstruktur auf dem mittelalterlichen Stadtgrundriss geprägt. Geisa lag bis zur politischen Wende 1990 in unmittelbarer Nähe zur ehemaligen innerdeutschen Grenze am ehemaligen Beobachtungsposten „Point Alpha“ der amerikanischen Streitkräfte. Infolge der Wiedervereinigung der ehemaligen DDR und der BRD rückte Geisa in die Mitte des wiedervereinten Deutschlands.

Frau Dr. Meißner wies zunächst darauf hin, dass der Einsatz alternativer Energieformen in der denkmalgeschützten Altstadt von Geisa spezifische Probleme (z.B. Denkmalschutz versus Dämmung historischer Fassaden) aufweist. Gleichzeitig waren für die Nutzung alternativer Energieformen gute Bedingungen vorhanden, da die Versorgung mit Holz als Brennmaterial durch einen Kommunalwald gesichert war. Auch die Bevölkerung zeigte ein hohes Interesse an dem Thema. Für die historische Altstadt wurde daher ein Integriertes Quartierskonzept erarbeitet, um den Energieverbrauch zu senken und die Altstadt an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Frau Dr. Meißner benannte die Ziele, nämlich die historische bauliche Struktur als kulturelles Erbe zu bewahren, das Identitätsbewusstsein der Bürger mit der Stadt Geisa zu stärken und die Altstadt klimaneutral zu gestalten. Um diese Ziele zu erreichen, wurden alle kommunalen Gebäude, darunter das Schlossensemble oder das Kulturhaus mit kommunaler Nahwärme, die aus Holz erzeugt wird, versorgt. Zudem wurde das Schlossensemble saniert und behutsam erweitert. Auch das Kulturhaus wurde saniert und an moderne Nutzungsanforderungen angepasst. In diesem Zuge wurde auch eine neue Hackschnitzelheizung installiert. Das Umfeld des Kulturhauses wurde saniert und stellt jetzt eine attraktive Freifläche dar.

Frau Dr. Meißner verwies zudem auf die Renaturierung der Ulsteraue, einem zentralen Vorhaben bei der Entwicklung der Altstadt von Geisa. Am Ufer des Flusses Ulster befand sich eine ehemalige Industriefläche, die in Teilen durch den Bauhof genutzt wurde. Teile des Geländes lagen jedoch mehrere Jahre lang brach. Auf Grundlage eines städtebaulichen Wettbewerbs 2011 wurde der Bauhof verlagert und der noch vorhandene Gebäudebestand abgebrochen. Die Flächen wurden anschließend renaturiert und für die Bevölkerung der Stadt Geisa wieder zugänglich gemacht. Es wurden barrierefreie Wegeverbindungen angelegt und Flächen für Freizeit und Erholung geschaffen. Darüber hinaus wurde auch der Schlossgarten neugestaltet. Die Grünanlage wurde stärker mit dem Schlossensemble verknüpft und



Kulturhaus an der Ulsteraue, Foto: Plan und Praxis

kann auch als Veranstaltungsfläche genutzt werden. Die Pflege übernimmt ein örtlicher Fanfarenverein.

Abschließend verwies Frau Dr. Meißner noch auf weitere Vorhaben im öffentlichen Raum, an öffentlichen Einrichtungen sowie privaten Gebäuden, um die historische Altstadt von Geisa weiter zu stärken. Als Erfolgsfaktoren zur klimagerechten Umgestaltung von Geisa nannte sie insbesondere die Nutzung und Bündelung mehrerer Förderprogramme auch außerhalb der Städtebauförderung sowie die konstruktive Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik, Fachplanern und der Bürgerschaft.

Werner Stöcker, Bürgermeister von Markt Uehlfeld (Bayern), berichtete in seinem Vortrag über die Entwicklung des Ortes. Markt Uehlfeld liegt in Mittelfranken nordwestlich von Erlangen und hat knapp 3.000 Einwohner. Der Ortskern von Markt Uehlfeld war durch funktionale und gestalterische Mängel geprägt. Um den Ortskern wieder zu stärken, wird in Markt Uehlfeld konsequent versucht, untergenutzte und brachliegende Flächen durch Neuordnungsmaßnahmen neuen Nutzungen zuzuführen. Ein weiteres Ziel ist der Ausbau eines kommunalen Nahwärmenetzes.

Herr Stöcker ging zunächst auf die Vorhaben zur Innenentwicklung in Markt Uehlfeld ein. Eines der wichtigsten Projekte ist die Errich-

tung einer barrierefrei zugänglichen Wohnanlage im Ortskern. Ziel dieses Projektes ist es, älteren Menschen, die bislang in den Einfamilienhaussiedlungen aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wohnen, passenden Wohnraum für das Alter bereit zu stellen. Hierfür kaufte die Gemeinde Markt Uehlfeld die Flächen eines ehemaligen, seit mehreren Jahren nicht mehr genutzten Sägewerks. Der Gebäudebestand wurde abgerissen und es entstanden Wohngebäude mit zwei Geschossen, die barrierefrei zugänglich sind. Ein weiteres Projekt ist die Verbesserung der Nahversorgung. Auch hierfür kaufte die Gemeinde ehemalige Gewerbeflächen im Ortskern. Aktuell werden Planungen erarbeitet, um auf der Fläche einen Discounter anzusiedeln. Um die ärztliche Versorgung in Markt Uehlfeld zu verbessern, wurde ein ehemaliges Wohn- und Gewerbegebäude saniert, so dass moderne Praxisräume entstanden sind. Im Ortskern wurde ebenfalls eine Ladestation für Elektrofahrzeuge errichtet.

Des Weiteren erläuterte Herr Stöcker die Aktivitäten in Markt Uehlfeld, um den Energieverbrauch zu senken. Ein Energiekonzept diente als Grundlage für die Einrichtung eines kommunalen Nahwärmenetzes. Kernstück dieses Netzes ist die sogenannte Energiescheune. Hierbei handelt es sich um ein ehemaliges Scheunengebäude im Ortskern, das mit Mitteln des Zentrenprogramms saniert wurde. Hier befindet sich nun eine Pelletheizung, die das Rathaus, eine Kindertagesstätte sowie eine Schule mit Wärme versorgt. Auch das neu

Zweiter Veranstaltungstag

Der zweite Veranstaltungstag widmete sich der Umsetzung von Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung in der Stadt Nürnberg. **Annegret Weidig** vom Umweltamt der Stadt Nürnberg sowie **Siegfried Dengler** vom Stadtplanungsamt Nürnberg berichteten in ihrem Einführungsvortrag von den Aktivitäten der Stadt Nürnberg zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung im Stadterneuerungsgebiet Nördliche Altstadt.



Energiescheune vor und nach dem Umbau
Fotos: Markt Uehlfeld

entstandene Wohngebiet sowie der geplante Supermarkt sollen an das Nahwärmenetz angeschlossen werden.

Durch die eindeutige Fokussierung auf die Innenentwicklung werden keine Flächen außerhalb des Ortskerns neu versiegelt. Zum anderen wird in Markt Uehlfeld auch ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet, da mit der Pelletheizung nachwachsende Rohstoffe energieeffizient eingesetzt werden.

Im ersten Vortragsteil stellte Frau Weidig zunächst die Ergebnisse vor, die im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes „Urbane Strategien zum Klimawandel“ erarbeitet wurden. Mit der Weststadt sowie der Altstadt waren hier zwei Nürnberger Stadtteile als Modellprojekte vertreten. Um diese verdichteten innerstädtischen Quartiere an den Klimawandel anzupassen, wurden mehrere Untersuchungen durchgeführt und Konzepte, wie beispielsweise das

„Handbuch Klimaanpassung“ erarbeitet. Anhand der Ergebnisse verschiedener Messungen machte Frau Weidig deutlich, dass insbesondere in den stark verdichteten Quartieren der Altstadt sowie den angrenzenden gründerzeitlichen Quartieren die Temperaturen im Vergleich zu Stadtteilen mit einer aufgelockerten Bebauung oder dem Umland deutlich höher sind. Zudem zeigen Langzeitmessungen, dass Hitzewellenereignisse im Verlauf der letzten 60 Jahre in ihrer Zahl als auch in ihrer Dauer und Intensität zugenommen haben.

Vor diesem Hintergrund stehen Bemühungen zu Klimaanpassung in der stark verdichteten Altstadt von Nürnberg vor besonderen Herausforderungen. Die ungünstige stadtklimatische Situation ist hier insbesondere auf einen sehr hohen Versiegelungsgrad von ca. 70 Prozent und ein hohes Defizit an Grünflächen zurückzuführen. Zahlreiche Gebäude in der Altstadt stehen unter Denkmalschutz. Zudem konzentrieren sich hier unterschiedliche Nutzungsansprüche, da die Altstadt Standort für Wohnen, Arbeiten, Handel, Tourismus sowie für Veranstaltungen ist.

Im Anschluss daran berichtete Herr Dengler, wie im Zuge der integrierten Stadtteilentwicklung in der nördlichen Altstadt von Nürnberg auch Maßnahmen zur Klimaanpassung umgesetzt werden. Mit dem Projekt „Altstadt ans Wasser“ wurde das Südufer der Insel Schütt am Flusslauf der Pegnitz neugestaltet und für die Bevölkerung zugänglich gemacht. Der Schulhof der Insel Schütt wurde begrünt und es wurden neue Spielanlagen für Kinder errichtet. Im Wohnumfeld wurde mit dem Sebalder Hofgärtchen auf einer städtischen Fläche im Heugäßchen ein Urban-Gardening-Projekt umgesetzt. Ein weiteres Vorhaben ist die Begrünung von kleinräumigen Flächen, den sogenannten Pocket-Parks. Neben dem Pocket-Park in der Hans-Sachs-Gasse soll ein weiterer Pocket-Park in der Nonnengasse entstehen. Es ist geplant, die hier vorhandenen Flächen zu entsiegeln und neu zu begrünen. Darüber hinaus unterstützt die Stadt Nürnberg im Rahmen des Projekts „Mehr Grün für Nürnberg“ mit einem kommunalen Förderprogramm die

Entsiegelung und Begrünung von Innenhöfen. Für die künftige Umgestaltung des Nägeleinsplatzes wurde 2018 eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Hier werden Begrünungsmaßnahmen, eine barrierefreie Promenade entlang der Pegnitz und die Reduzierung der Parkplätze vorgeschlagen.

Im Anschluss an den Einführungsvortrag von Frau Weidig und Herr Dengler bestand die Möglichkeit, sich die Maßnahmen, die zu Klimaschutz und Klimaanpassung in Nürnberg umgesetzt wurden, im Rahmen von zwei Rundgängen näher anzuschauen. Der erste Rundgang widmete sich den Maßnahmen, die dem Schutz des Klimas vor weiteren Veränderungen dienen. Im zweiten Rundgang wurden Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung vorgestellt.

Der Rundgang zum Klimaschutz wurde durch **Magdalena Prechsl** vom Verein Geschichte für alle e.V. sowie den Klimaschutzbeauftragten der Stadt Nürnberg **Wolfgang Müller** durchgeführt. Frau Prechsl und Herr Müller bieten schon seit mehreren Jahren gemeinsame Stadtführungen für interessierte Bürger an, bei denen sie über die historische Entwicklung der Stadt Nürnberg und sich hieraus ergebende Anforderungen an den Umgang mit Energie, den Energieverbrauch sowie den Klimaschutz berichten. Stationen waren das Rathaus, dessen Heizanlage an das ein regionale Fernwärmenetz angeschlossen wurde. Zudem wurde auf dem Dach des Rathauses in einem Pilotprojekt eine moderne Photovoltaikanlage errichtet, bei der im Gegensatz zu herkömmlichen Photovoltaikanlagen nur solche Materialien verwendet wurden, die in der Farbgebung keinen Kontrast zu den historischen Dachziegeln bilden. Daher wäre diese Anlage nach Aussage von Herr Müller auch mit den Anforderungen des Denkmalschutzes vereinbar. Eine weitere Station war das denkmalgeschützte Herrenschießhaus, das in der Zeit der Renaissance entstand und heute als Bildungszentrum genutzt wird. Hier wurden zwei Testräume mit einer Innendämmung ausgestattet, wodurch die Energieeffizienz erheblich gesteigert werden konnte.

Philip Meinardus vom Büro Planwerk und **Sonja Ruf** von der Stadt Nürnberg leiteten den Rundgang zur Anpassung an die Klimafolgen durch die Nürnberger Innenstadt. Wichtige Stationen waren unter anderem die o.g. Pocket-Parks, für deren Neugestaltung trotz kleiner Fläche häufig ein hoher Abstimmungsaufwand mit den Anliegern notwendig war. Urbanes Gärtnern ist für alle Bewohner im Sebalder Hofgärtchen, einem Garten in ruhiger Innenhoflage, möglich. Ebenfalls gezeigt wurde, wie in einem aktuell durchgeführten Pilotprojekt nach dem sogenannten Stockholmer Modell die Bewässerung durch Regenwasser, das in einem Retentionsraum gesammelt wird, getestet wird.

Im Anschluss an die Rundgänge wurde eine Diskussion in zwei Arbeitsgruppen durchgeführt. **Holger Pietschmann**, Bundestransferstelle Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, führte thematisch in die Arbeitsgruppen ein. Mithilfe

eines elektronischen Abstimmungssystems wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Transferwerkstatt verschiedene Fragen zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in ihren Programmgebieten gestellt. Die Umfrage diente dazu, einen Überblick über die Bedeutung dieser beiden Themen zu erhalten und Impulse für die Diskussion in den Arbeitsgruppen zu setzen. Dabei zeigte sich, dass Klimaschutz und Klimafolgenanpassung einen hohen Stellenwert in den Arbeitsbereichen der Teilnehmerinnen und Teilnehmern genießen.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass dieser Themenkomplex mittlerweile eine höhere Bedeutung in den Integrierten Stadtentwicklungskonzepten hat, als noch vor wenigen Jahren. Zudem werden insbesondere die Themen Klimaschutz und Energieeinsparung auch in weiteren Ansätzen, wie energetischen Quartierskonzepten oder Mobilitätskonzepten, betrachtet.



Pocket-Park (oben links), das "Sebalder Hofgärtchen" (oben rechts), energetisch saniertes Herrenschießhaus in der Altstadt von Nürnberg (unten links) und die Photovoltaikanlage auf dem Dach des Rathauses (unten rechts)
Fotos: Plan und Praxis.

Nach der Erfahrung der Diskussionsteilnehmer sind beim Klimaschutz Erfolge zu verzeichnen. Allerdings zeigen sich aber auch Herausforderungen in der Umsetzung. So wurde deutlich, dass schon jetzt Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt werden. Diese Erfolge sollten, so die Erfahrung mehrerer Teilnehmer, durch Öffentlichkeitsarbeit vor Ort stärker kommuniziert werden. Positiv bewertet wurde zudem, dass in Form von energetischen Quartierskonzepten und energetischen Sanierungsmanagements (KfW-Programm Energetische Stadtsanierung) Rahmenbedingungen für die energetische Sanierung von Gebäuden geschaffen werden. Durch Fördermittel für energetische Sanierungsmaßnahmen (z.B. CO₂-Gebäudesanierungsprogramme der KfW) sowie Steuervorteile für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in Sanierungsgebieten bestehen zudem Anreize für Gebäudeeigentümer, um den privaten Gebäudebestand energetisch zu sanieren. Allerdings wurde kritisch angemerkt, dass diese Anreize bislang noch nicht in ausreichendem Maß dazu führten, dass energetische Sanierungsmaßnahmen auch tatsächlich realisiert wurden.

Des Weiteren wurde über die Schaffung und Gestaltung von öffentlichen Grün- und Freiflächen als Anpassungsmaßnahme an die Folgen des Klimawandels diskutiert. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass die Gestaltung von Grün- und Freiflächen eine hohe Bedeutung für die Anpassung an den Klimawandel hat. So hätten laut einer Teilnehmerin große Veranstaltungen wie Gartenschauen einen besonderen Charme, da sie es ermöglichen, im Rahmen eines übergeordneten Konzepts Fragen der Stadtentwicklung mit den Anforderungen an die Anpassung des Klimawandels zu verknüpfen. Allerdings ist mit der Schaffung und Gestaltung von Grün- und Freiflächen auch immer das Thema der Pflege verknüpft, womit hohe Kosten verbunden sein können. So habe zuletzt der sehr trockene und heiße Sommer des Jahres 2018 in vielen Städten zu Problemen bei der Bewässerung des öffentlichen Grüns geführt. Das derzeit in einem Pilotvorhaben getestete Stockholmer Modell (s.o.) soll hierzu in der Nürnberger Altstadt eine verbesserte Bewässerung mit gespeichertem

Regenwasser ermöglichen. Weitere Hindernisse für Bepflanzungen, so die Erfahrung einiger Diskussionsteilnehmer, können in sehr dicht bebauten Innenstädten bestehende Leitungs- und Rohrsysteme sein. Darüber hinaus bestehen in verschiedenen Verwaltungsressorts häufig verschiedene Interessen bei der Entwicklung und Pflege von Grün- und Freiflächen. Hier, so die Meinung der Diskutierenden, gelte es, die Abstimmung untereinander zu verbessern.

Auch die stadtverträgliche Gestaltung der Verkehrssysteme durch die Förderung des Fuß- und Radverkehrs als Beitrag zum Klimaschutz wurde diskutiert. So wurde die Förderung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs, z.B. durch die Errichtung von Fahrradparkhäusern, als sehr positiv bewertet. Allerdings zeigten die Erfahrungen einiger Diskussionsteilnehmer auch, dass vor allem Maßnahmen zur Eindämmung des Kraftfahrzeugverkehrs immer noch umstritten sind. So treten insbesondere dann starke Interessenskonflikte auf, wenn Parkplätze zugunsten anderer Nutzungen wegfallen sollen. In der Diskussion wurde zudem geäußert, dass der Einsatz von Car-Sharing-Modellen bzw. die Verknüpfung von Car-Sharing-Modellen mit dem Öffentlichen Personennahverkehr ein erfolgreicher Ansatz für stadtverträgliche Mobilität sein könnte.

Insgesamt waren sich die Diskussionsteilnehmer einig, dass die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung „lebenspraktisch“ umgesetzt werden sollten, da die Diskussion über globale Folgen des Klimawandels oftmals zu abstrakt sei. Über die Diskussion der lokalen Auswirkungen und die Umsetzung von Maßnahmen auf lokaler Ebene könnte der Umgang mit dem Klimawandel eingeübt werden.

Herr Pietschmann und Frau Glöckner stellten abschließend die Ergebnisse der Arbeitsgruppen im Plenum vor und resümierten die beiden Veranstaltungstage. Sie verabschiedeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und dankten der gastgebenden Stadt Nürnberg, den Referentinnen und Referenten sowie allen Anwesenden für ihre Mitwirkung und Diskussionsbereitschaft.

Kontakt

Bundestransferstelle „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“
c/o Plan und Praxis GbR – Ingenieurbüro für Stadt- und Regionalplanung

Manteuffelstraße 111
D-10997 Berlin
Fon: +49 (0)30 6165348-51
Fax: +49 (0)30 6165348-52

aktivezentren@planundpraxis.de
www.aktivezentren.de

Fotos: Stadt Dinslaken (Seite 7), Stadt Roding (Seite 8), Markt Uehlfeld (Seite 11), Plan und Praxis
(alle weiteren Fotos)